

Johannes Behrens

Interregionale Sicherheit

Die euro-afrikanische Sicherheitspartnerschaft
und die Afrikanische Friedens-
und Sicherheitsarchitektur



Herbert Utz Verlag · München

Reihe Politikwissenschaften

herausgegeben von Prof. Dr. Florian T. Furtak
Professor für Europäisches Recht und Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt
Europäische Integration
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Band 84

Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek: Die Deutsche
Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere
die der Übersetzung, des Nachdrucks, der
Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe
auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege
und der Speicherung in Datenverarbeitungs-
anlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser
Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2012

ISBN 978-3-8316-4145-1

Printed in EU
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	13
1. Einleitung	17
1.1 Aufbau der Untersuchung	20
1.2 Abgrenzung	22
2. Begriffsklärung und theoretische Grundlagen	24
2.1 ‚Region‘ und ‚Regionalisierung‘	24
2.2 ‚Sicherheit‘ und ‚Sicherheitspolitik‘	28
2.3 ‚Europäisierung‘ und ‚Afrikanisierung‘ als Sonderfälle der ‚Regionalisierung‘	31
2.4 ‚Regionalisierung‘ aus Sicht des UN-Sicherheitsregimes ..	32
3. Die europäischen und afrikanischen Strukturen der Sicherheit und Verteidigung – G(E)SVP und CADSP/APSA	35
3.1 Die EU im Geflecht regionaler Sicherheitsorganisationen in Europa	36
3.2 Die AU und sub-regionale Organisationen in Afrika	40
3.3 Die G(E)SVP – Entwicklung, Ausrichtung und rechtliche Grundlagen.....	45
3.4 Die CADSP/APSA – Entwicklung, Ausrichtung und rechtliche Grundlagen.....	51
3.5 Die G(E)SVP – Strukturen, Mechanismen, Entscheidungsfindung	58
3.6 Die CADSP/APSA – Strukturen, Mechanismen Entscheidungsfindung.....	64
4. Die Zusammenarbeit der EU und Afrika – sicherheitspolitische Aspekte	70
4.1 Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem afrikanischen Kontinent auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung – Instrumente, Finanzierungsquellen und Akteure	72
4.2 Die Zusammenarbeit der EU und Afrika – eine strategische Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe oder „Business as usual“?	82
4.3 Zwischenfazit	86

5. Die „Europäisierung“ und „Afrikanisierung“ der Sicherheitspolitik – Perspektiven und Probleme am Beispiel ausgewählter Mitgliedstaaten der EU und AU	89
5.1 Europäische Staaten – Frankreich.....	89
5.1.1 Traditionslinien französischer Afrikapolitik.....	89
5.1.2 <i>Frankreich und die „Regionalisierung“ der Sicherheit</i>	97
5.1.2.1 Die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik in Europa und Afrika	97
5.1.2.2 Die „Afrikanisierung“ der afrikanischen Sicherheit.....	104
5.2 Europäische Staaten – Deutschland.....	107
5.2.1 <i>Traditionslinien deutscher Afrikapolitik</i>	107
5.2.2 <i>Deutschland und die „Regionalisierung“ der Sicherheit</i>	113
5.2.2.1 Die „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik in Europa und Afrika	114
5.2.2.2 Die „Afrikanisierung“ der afrikanischen Sicherheit.....	117
5.3 Zwischenfazit.....	119
5.4 Afrikanische Staaten – Südafrika.....	120
5.4.1 <i>Die „afrikanische“ Außenpolitik Südafrikas und die Beziehungen zur EU</i>	120
5.4.2 <i>Südafrika und die „Regionalisierung“ der Sicherheit im südlichen Afrika</i>	124
5.4.3 <i>Südafrika und die CADSP/APSA</i>	129
5.5 Afrikanische Staaten – Côte d’Ivoire.....	130
5.5.1 <i>Die Gründe für die Krise in der Côte d’Ivoire</i>	130
5.5.2 <i>Die Politik der Côte d’Ivoire gegenüber der OAU und ECOWAS vor 2002 – Rivalität und Ambiguität</i>	134
5.5.3 <i>Exkurs: Die Entwicklung der Krisenbewältigungsmechanismen der ECOWAS und ECOMOG</i>	138
5.5.4 <i>AU, EU, ECOWAS und die Côte d’Ivoire nach 2002 – ein erfolgreiches Krisenmanagement durch regionale Organisationen?</i>	142
5.5 Zwischenfazit.....	144
6. Schlussbetrachtung und Ausblick	147

Anhänge	156
Quellenverzeichnis	166
Primärquellen	166
Literaturverzeichnis	171
Internetquellen	194

1. Einleitung

„The European Union (EU) and its Member States warmly congratulate the people of South Sudan on their independence.“¹

Mit der offiziellen Unabhängigkeitserklärung der Republik Südsudan entstand am 9. Juli 2011 erstmals auf friedlichem Weg ein neuer Staat auf dem afrikanischen Kontinent. Noch am selben Tag wurde Südsudan als 54. Mitglied in die Afrikanische Union (AU) aufgenommen, nur fünf Tage später erfolgte die Aufnahme als 193. Mitglied der Vereinten Nationen (United Nations – UN).

Als Teil eines komplexen Geflechts verschiedener Unabhängigkeitsbewegungen im den und Westen des Sudan war der friedlichen Sezession ein Jahrzehnte andauernder Freiheitskampf vorausgegangen, in dem die AU und die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) eine entscheidende Funktion als Mediatoren eines 2005 geschlossenen Friedensabkommens, wie auch im darauf folgenden Ablösungsprozess gespielt hatten. Mit der offiziellen Anerkennung durch die AU wird gleichfalls ein Tabu gebrochen, da die post-kolonialen Staatsgrenzen als Fundament der afrikanischen Staatenordnung und Garant von Frieden und Stabilität bis dahin unantastbar und sowohl der AU wie auch ihrer Vorgängerorganisation, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), als konstitutives Leitprinzip und primäres Schutzziel in ihren jeweiligen Gründungsakten rechtsverbindlich zugrunde gelegt worden waren.

Dass die Neuentstehung eines Staates in Afrika in der internationalen Aufmerksamkeit dennoch nur eine untergeordnete Rolle spielt, ist nicht zuletzt den andauernden Krisen und Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent geschuldet, die seit Beginn der 1990er Jahre die Berichterstattung über Afrika dominieren und in Europa das Bild eines verlorenen Kontinents hinterlassen haben.² Geradezu beispielhaft ist daher das Ergebnis der *Google*-Ergebnislisten zu „Südsudan“ und einer ähnlichen, wenn auch erheblich konfliktträchtigeren Region im Westen des Sudans, „Darfur“, die bei einem Suchexperiment des Autors am 16.07.2011 in etwa das 18-fache an Suchergebnissen zutage förderte.³

¹ Declaration by the EU and its Member States on the Republic of South Sudan's independence, 9 July 2011. http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/584206/publicationFile/156269/110709-EU_Erklaerung-Unabhaengigkeit-SSudan.pdf – eingesehen am 16.07.2011

² Seit 1988 als ungefähre Beginn des Transformationsprozesses fanden 28 von 62 UN-Missionen (45%) in afrikanischen Ländern statt.

³ In etwa 1.080.000 Ergebnisse für „Südsudan“ gegenüber 18.200.000 Ergebnissen für „Darfur“.

„Subsahara-Afrika – die Wiederentdeckung eines Kontinents“⁴ – seit Mitte des Jahrtausends scheint sich indes auch eine neue Art von Aufmerksamkeit auf Afrika zu richten, im wahrsten Sinne eine „African Renaissance“, in der viel vom Potential des Kontinents, seinen Reichtümern und den dort schlummernden menschlichen Ressourcen die Rede ist. Wendet man sich den dahinter liegenden Motivationen zu, stößt man recht schnell auf Begriffe wie „Einflusswahrung“, „Ressourcensicherung“ und „Sicherheit“ als Schutzbedürfnis vor unkontrollierten Migrationsströmen – aber auch die Hoffnung auf die dauerhafte Entwicklung demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen und eines bevölkerungswirksamen wirtschaftlichen Wachstums – versinnbildlicht in der Gründung der AU und der New Partnership on African Development (NePAD), die als kontinentale Foren eine koordinierende und einigende Wirkung auf die Staaten Afrikas ausüben und diese in der Ausbildung eines stabilen, funktionierenden Staatswesens unterstützen sollen. Während das Hauptaugenmerk der NePAD als Instrument der „soft security“ auf der Entwicklung der strukturellen Voraussetzungen für Stabilität, Sicherheit, Demokratie und gute Regierungsführung liegt, wurde mit der Gründung der AU auch mit dem Aufbau einer Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture – APSA) als institutioneller Unterbau einer gemeinsamen afrikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Common African Security and Defence Policy – CADSP) begonnen, die unter dem Dach der AU bis 2010 mit den operativen Fähigkeiten ausgestattet werden sollte, eigenverantwortlich und eigenständig durch militärische und zivile Maßnahmen zum Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent beizutragen.

In der CADSP und der APSA bestätigt sich auf dem afrikanischen Kontinent ein globaler Trend der zunehmenden Verlagerung von Kernbereichen der Staatstätigkeit, wie die Gewährleistung von inner- und zwischenstaatlicher Sicherheit und die Verteidigung des nationalen Territoriums, auf eine regionale Ebene in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen des geographischen Umfelds. Als Vorbilder dieser „Regionalisierung der Sicherheit“ werden häufig die europäischen und euro-atlantischen Organisationen Europäische Union (EU), North Atlantic Treaty Organization (NATO) und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) genannt, deren institutioneller Aufbau und Entscheidungsverfahren in Form zwischenstaatlicher Übereinkünfte und ständiger technischer Zusammenarbeit eine Art Rollenmodell für andere, gleichgerichtete Zusammenschlüsse waren und sind.

Als europäisches Gegenstück zur CADSP/APSA hat die Gemeinsame (Europäische) Sicherheits- und Verteidigungspolitik (G(E)SVP) der EU seit ihrer Entstehung 1999 enorme Fortschritte gemacht. Mit der Durchführung von mittlerweile 24 zivilen und militärischen Einsätzen hat die EU ihren Willen und ihre Fähigkeit zu aktivem

⁴ Golaszinski, Ulrich (2007): Subsahara-Afrika. Die Wiederentdeckung eines Kontinents. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Krisenmanagement wiederholt unter Beweis stellen können und damit die ihr zugeschriebene Rolle als internationaler Akteur mit Handlungsbereitschaft unterlegt. Durch den ganzheitlichen zivil-militärischen Charakter der G(E)SVP in Ergänzung zu langfristigen konflikt-präventiven Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verfügt die EU über die Möglichkeit, in allen Phasen des Konfliktzyklus aktiv zu werden und die von ihr vertretenen Werte nötigenfalls mit militärischen Mitteln glaubwürdig zu vertreten. Neben den neuen Staaten des ehemaligen Jugoslawien liegt ein weiterer regionaler Schwerpunkt für europäische Missionen auf dem afrikanischen Kontinent. Anders als bei den Ländern des Balkans, deren geographische Nähe zum Territorium der EU-Mitgliedstaaten den Einsatz militärischer und ziviler Mittel zur Abwehr einer direkten Bedrohung infolge des fortgesetzten Staatszerfalls rechtfertigt, ist die Begründung der Regelmäßigkeit europäischer Friedenssicherung in Afrika weniger ersichtlich. Eine moralische Verpflichtung aufgrund der kolonialen Vergangenheit mag einen ersten Anhaltspunkt liefern, stellt sich aber angesichts der Mitgliederstruktur der EU, in der Staaten ohne kolonialhistorische Verbindungen bei weitem überwiegen, als unzureichend dar. Weitergedacht könnte über eine normorientierte Argumentation das Engagement Europas mit der Förderung oder Durchsetzung universaler Wertmaßstäbe begründet werden, die zudem im Gründungsvertrag der EU als Maßstab des europäischen auswärtigen Handelns rechtsverbindlich verankert sind. Ohne den Entscheidungsträgern in Europa eine grundsätzlich wertorientierte Politik abzusprechen, ist letztlich aber auch die G(E)SVP ein Politikfeld intergouvernementaler Zusammenarbeit zwischen den Staaten, deren Repräsentanten ausschließlich den jeweiligen nationalen Bevölkerungsgruppen gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig sind. Aus rationaler Sicht sprechen daher bereits die Kosten militärischer Einsätze gegen eine Interventionspolitik, mit der nicht auch eigene Interessen befriedigt werden können. Welcher Art diese Eigeninteressen sein könnten, zeigt ein Blick in die europäische Sicherheitsstrategie (ESS)⁵ von 2003, in der unter anderem Terrorismus, regionale Konflikte und Staatsversagen als akute Sicherheitsbedrohungen Europas definiert werden, denen nur mit einem proaktiven Ansatz im Zusammenspiel von sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen begegnet werden kann.⁶ Im Sinne eines partnerschaftlichen Ansatzes betont die ESS neben der Stärkung des UN-Sicherheitsregimes die Bedeutung von strategischen Bündnissen mit regionalen Organisationen wie der AU zur Herstellung eines sicheren und geordneten Umfelds.⁷

⁵ Europäische Sicherheitsstrategie: A secure Europe in a better world (in der Folge: ESS). Brüssel, September 2003. <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf> – abgerufen am 16.07.2011

⁶ ESS, S. 2ff.

⁷ ESS, S. 9

Als politisches Strategiepapier ohne rechtlich verbindliche Wirkung kann allerdings auch die ESS staatliches Handeln nur eingeschränkt erklären – umso mehr bei Staaten wie Frankreich und Großbritannien, die als ehemalige Kolonial- und Weltmächte eine traditionell an nationalen Interessen orientierte Politik verfolgen. Dessen ungeachtet wurden durch diese Staaten und die USA bereits seit 1996 eigenständige Programme entwickelt, um die Fähigkeiten Afrikas und der afrikanischen Staaten zu eigenständigem und eigenverantwortlichem Krisenmanagement zu verbessern, was angesichts der nachteiligen Auswirkungen derartiger Initiativen auf die Durchsetzungsfähigkeit nationaler Interessen in Afrika auf einen ersten Blick widersprüchlich und daher erklärungsbedürftig erscheint.

Es stellen sich daher die Fragen, welche Ziele die Mitgliedstaaten der EU und der AU mit einer Stärkung der regionalen Sicherheitsstrukturen in Europa und Afrika verfolgen und ob die nationale Politik die Entwicklung der „Regionalisierung der Sicherheit“ auf beiden Kontinenten eher fördert oder ob nicht nationale Interessen entgegenstehen, die eine Fortentwicklung der jeweiligen Prozesse bis hin zur Bildung kontinentaler Armeen behindern. Auch stellt sich die Frage, welche Ziele die jeweiligen Sicherheitsstrukturen überhaupt verfolgen und welche Instrumente und Strategien dafür zur Verfügung stehen. Letztlich muss aber ebenso die Frage beantwortet werden, welche Gestalt die Partnerschaft auf überstaatlicher Ebene zwischen der EU und der AU seit 2003 angenommen hat und welche Instrumente Europa zur Unterstützung der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur zur Verfügung stehen.

1.1 Aufbau der Untersuchung

Aus der Einleitung zu dieser Studie ergibt sich eine Struktur mit drei Hauptteilen, die jeweils einer der drei Fragestellungen zugeordnet werden können. Nach einem theoretischen Grundlagenteil, in dem zentrale Begriffe dieser Arbeit geklärt und in einem kurzen Abriss die Kernaussagen von zwei, aus Sicht des Autors auf die „Regionalisierung der Sicherheit“ anwendbaren, Theorieströmungen dargelegt werden, werden im ersten Hauptteil dieser Arbeit die beiden regionalen Sicherheitsstrukturen der EU und der AU, G(E)SVP und CADSP/APSA, einander gegenübergestellt. Dieser Teil der Arbeit unterteilt sich in jeweils drei Sequenzen. In einer ersten Sequenz werden die jeweiligen Sicherheitsstrukturen der beiden Organisationen in den Zusammenhang der kontinentalen europäischen beziehungsweise (bzw.) afrikanischen Sicherheitsarchitektur gestellt. Die zweite Sequenz dient zur Klärung der Entwicklungsgeschichte, sicherheitspolitischen Ausrichtung und der rechtlichen Grundlagen von G(E)SVP und CADSP/APSA, bevor abschließend in einer dritten Sequenz die Akteurstrukturen und Mechanismen der Entscheidungsfindung untersucht werden.

Der zweite Hauptteil befasst sich mit der Zusammenarbeit zwischen der EU und der AU auf dem Gebieten der Sicherheit und Verteidigung. Ausgangspunkte sind die Strategien der EU „für Afrika“ von 2005 und „mit Afrika“ von 2007 sowie die darin aufgeführten Prinzipien einer strategischen euro-afrikanischen Partnerschaft. Anschließend beschäftigt sich die Studie mit den Instrumenten, Finanzierungsquellen und Akteuren dieser Partnerschaft, die angesichts eines enormen materiellen Ungleichgewichts zwischen beiden Organisationen einseitig auf Unterstützungsleistungen der EU im Aufbau der APSA sowie durch Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und G(E)SVP der EU ausgerichtet ist. Für die vorliegende Untersuchung entsteht daraus ein inhaltliches Übergewicht auf der europäischen Seite der Partnerschaft, da erst im Gefolge der „gemeinsamen Strategie“ von 2007 auch gemeinsame euro-afrikanische Gremien zur Weiterentwicklung der APSA entstanden sind. Abschließend wird in diesem Teil eine Bewertung der Unterstützungsprogramme der EU anhand der Prinzipien aus der „Strategie für Afrika“ von 2005 abgegeben, um der Qualität der rhetorischen „Partnerschaft“ sowie deren Defiziten in der praktischen Umsetzung auf den Grund zu gehen.

Der dritte Hauptteil dient einer Untersuchung der nationalstaatlichen Afrika- und Regionalisierungspolitik im Sinne einer „Europäisierung“ bzw. „Afrikanisierung“ der Sicherheit. In Europa werden dafür die afrikapolitischen „Traditionen“ eines ehemaligen Kolonialstaates (Frankreich) und eines Staates ohne spürbare koloniale Traditionen (Deutschland) als Ausgangspunkt für deren jeweilige Politik einer „Europäisierung“ bzw. „Afrikanisierung“ der afrikanischen Sicherheit betrachtet, ergänzt durch eine Untersuchung der jeweiligen nationalen Positionen hinsichtlich einer „Europäisierung“ der europäischen Sicherheit. Da die afrikanischen Staaten keinerlei Einfluss auf die „Europäisierung“ der Sicherheit haben, wird für diese beiden Fallbeispiele ein anderer Ansatz gewählt. Südafrika steht in dieser Studie stellvertretend für die (wenigen) großen, wirtschaftlich wie auch militärisch potenteren Staaten Afrikas. Die Außen- und Sicherheitspolitik Südafrikas wird zunächst auf ihre außenpolitischen Grundsätze in der Post-Apartheid-Ära untersucht, bevor auf die Standpunkte des Staates zur „Afrikanisierung“ der Sicherheit im sub-regionalen und kontinentalen Kontext eingegangen wird. Die Côte d'Ivoire dient hingegen als Fallbeispiel der fragilen Staaten Afrikas und als kritischer Faktor regionaler Integration. Da sich die Côte d'Ivoire zwischen 2002 und 2011 am Rande eines Staatskollapses befand, kann in dieser Arbeit nur die „Regionalisierungs“-Politik bis 2002 nachvollzogen werden. Daran anschließend wird daher einer inversen Fragestellung nachgegangen, nämlich, welche Rolle die AU und die Economic Community of Western African States (ECOWAS) während der Krise in der Côte d'Ivoire gespielt haben und ob darin ein Erfolg regionaler und sub-regionaler Sicherheitsintegration in Afrika gesehen werden kann.

1.2 Abgrenzung

Thema der vorliegenden Studie ist eine Untersuchung der „Regionalisierung der Sicherheit“ in Europa und Afrika sowie der inter-regionalen Beziehungen zwischen der EU und der AU, ergänzt durch ausgewählte sub-regionale Organisationen in den Teilregionen des afrikanischen Kontinents. Vom Begriff der ‚Sicherheitspolitik‘ im hier verfolgten Sinne sind längerfristige Maßnahmen der EZ abzugrenzen, die im weiteren Sinne der Konfliktprävention dienen, aber nicht in den engeren Rahmen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Kontinenten fallen. In Einzelfällen werden jedoch auch entwicklungspolitische Instrumente berücksichtigt, sofern sich ein direkter Bezug zur Sicherheitspolitik der EU oder der untersuchten Staaten herstellen lässt. Weiterhin ist es im Rahmen einer Untersuchung dieses Umfangs nicht möglich, die zahlreichen sub-regionalen Sicherheitsmechanismen in Afrika und ihre Stellung im Beziehungsgeflecht zwischen den beiden Kontinenten umfänglich zu berücksichtigen. Neben dem Schwerpunkt auf der kontinentalen Ebene beschränkt sich die Studie daher auf eine Auswahl für den Aufbau der APSA relevanter Organisationen analog zu den nachvollzogenen staatlichen Fallbeispielen im Westen und Süden Afrikas, genauer: die ECOWAS und die South African Development Community (SADC), wohingegen die anderen Regionen und Regionalorganisationen Afrikas hier nur eine Randfunktion einnehmen. Als Fallbeispiele werden jeweils zwei Staaten Europas und Afrikas anhand spezifischer Kriterien herangezogen, die repräsentativ für eine Staatengruppe mit bestimmten Merkmalen sind. Die Studie erhebt keinesfalls den Anspruch, damit die Gesamtheit an integrations- und sicherheitspolitischen Interessen der 81 Staaten des EU- und AU-Raumes abzudecken; der Autor ist aber der Meinung, eine nachvollziehbare und angemessene Auswahl getroffen zu haben. Weiterhin handelt es sich hier um eine erstrangig politikwissenschaftliche Untersuchung, in der vertragsrechtliche Details größtenteils unberücksichtigt bleiben.

Die Untersuchung stützt sich auf eine aus Sicht des Autors hinreichende Auswahl an Sekundärliteratur, die, sofern dies möglich war, anhand der Primärquellen überprüft wurde. Da das Themenfeld eine Gegenüberstellung der politischen Rhetorik und der politischen Praxis beinhaltet, waren jedoch Sekundärquellen im Regelfall geeigneter, die Breite der Thematik hinreichend abzudecken.

Im Regelfall wurde versucht, deutschsprachige Begriffe und Abkürzungen zu verwenden. Da es in vielen Fällen in der internationalen Sicherheitspolitik keine deutsche Entsprechung oder Übersetzung gibt bzw. diese impraktikabel sind oder die ursprünglichen Bedeutungen lediglich sinngemäß wiedergeben, wurden in diesen Fällen die englischen oder internationalen Begriffe bzw. Abkürzungen beibehalten. Es entspricht der persönlichen Vorliebe des Autors, dass im Folgenden der englische Begriff für die Vereinten Nationen (United Nations – UN) verwendet wird. Um die Nähe zur

Eigenbezeichnung als „Ivorer“ herzustellen, wurde für die Elfenbeinküste in Kapitel 5.5 der international gebräuchliche Eigenname *Côte d'Ivoire* verwendet.

Reihe Politikwissenschaften

herausgegeben von Prof. Dr. Florian T. Furtak
Professor für Europäisches Recht und Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt
Europäische Integration
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

- Band 84: Johannes Behrens: **Interregionale Sicherheit** · Die euro-afrikanische Sicherheitspartnerschaft und die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur
2012 · 330 Seiten · ISBN 978-3-8316-4145-1
- Band 83: Stefanie Tusche: **Demografische Entwicklung in der EU und Beschlussfassung im Ministerrat** · Wer ›regiert‹ Europa 2050?
2011 · 120 Seiten · ISBN 978-3-8316-4079-9
- Band 82: Frauke Höntzsch: **Europa auf dem Weg »Zum ewigen Frieden«?** · Kants Friedensschrift und die Wirklichkeit der Europäischen Union
2007 · 136 Seiten · ISBN 978-3-8316-0703-7
- Band 81: Anja Heinrichs: **Die europäische Integration aus Sicht Mittel- und Osteuropas** · Polen, Tschechische Republik und Ungarn in der EU-Verfassungsdebatte
2006 · 140 Seiten · ISBN 978-3-8316-0565-1
- Band 80: Florian T. Furtak: **Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im politischen System der Europäischen Union** · Strukturen – Beteiligungsmöglichkeiten – Einfluß · 2., durchgesehene Auflage
2005 · 296 Seiten · ISBN 978-3-8316-0518-7
- Band 79: Susanne C. Köhler: **Der Deutsche Caritasverband in Europa** · Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme auf die europäische Politik
2005 · 128 Seiten · ISBN 978-3-8316-0512-5
- Band 78: Andrea Tchitchi: **Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten im Wandel** · Das Cotonou-Abkommen – eine Zwischenbilanz
2005 · 132 Seiten · ISBN 978-3-8316-0437-1
- Band 77: Cornelia Föhn: **Der Ausschuss der Regionen – Interessenvertretung der Regionen Europas** · Eine Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bundesländer
2003 · 120 Seiten · ISBN 978-3-8316-7594-4
- Band 74: Egon Günther A. Happach: **Handlungsspielräume und -restriktionen eines kommunalpolitischen Umweltprogramms** · Aufgezeigt am Entwurf des ökologischen Abfallkonzepts des Landkreises Fürstentfeldbruck in den Jahren 1989 bis 1991 und seine heutige Bedeutung
1998 · 503 Seiten · ISBN 978-3-8316-7566-1
- Band 73: Florian T. Furtak: **Nichtstaatliche Akteure in den internationalen Beziehungen** · NGOs in der Weltpolitik
1997 · 132 Seiten · ISBN 978-3-8316-7560-9
- Band 68: Josef Freisl: **Die berufliche und räumliche Mobilität auf dem Arbeitsmarkt** · Eine vergleichende Studie über die Europäische Union und die USA
1994 · 304 Seiten · ISBN 978-3-8316-7509-8

- Band 60: Klaus Fiesinger: **Ballhausplatz-Diplomatie 1945-1949** · Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreichs
1993 · 608 Seiten · ISBN 978-3-8316-7466-4
- Band 29: Franco P. Rota, Peter Streitle: **Studentips** · Politische Wissenschaft/Internationale Politik Ein Ratgeber zu Literatur, Recherchen, Arbeits- und Prüfungsstrategien · 1. Auflage
1988 · 100 Seiten · ISBN 978-3-8316-7313-1
- Band 20: Dieter Arndt: **Zwischen Alarmismus und Argumentation** · Die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierungen zur innenpolitischen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses
1988 · 238 Seiten · ISBN 978-3-8316-7284-4
- Band 12: Franco P. Rota: **Leitfaden zur internationalen Politik** · Eine Skizze zu Theorie und Praxis der politischen Entwicklung · 3. aktualisierte Auflage
1992 · 204 Seiten · ISBN 978-3-8316-7456-5
- William Holt: **America by Trial**
2001 · 249 Seiten · ISBN 978-3-8316-7588-3

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de